

Freiburg, 5. März 2021

Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Mehr Frauen in die Parlamente

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der (Landes-)Politik

Der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg liegt bei 50,3 Prozent. Der Frauenanteil im Landesparlament beträgt hingegen nur 26,6 Prozent. Auf 38 weibliche Abgeordnete kommen aktuell 105 männliche Kollegen. Bei der Vertretung von Frauen in der Politik zählt der baden-württembergische Landtag zu den Schlusslichtern unter den deutschen Länderparlamenten. Zum Vergleich: Der Spitzenreiter Hamburg nähert sich mit knapp 44 Prozent Mandatsträgerinnen einer fast paritätischen Zusammensetzung. Frauen in Baden-Württemberg sind von einer gleichberechtigten politischen Repräsentanz hingegen weit entfernt. Auch wenn am 14. März in den 70 Wahlkreisen nach wie vor mehr Männer als Frauen zur Wahl stehen und in acht Wahlkreisen keine Frau ins Rennen geschickt wird, so haben es die Wählerinnen und Wähler dennoch in der Hand, ob sich der Anteil an Parlamentarierinnen in der neuen Legislaturperiode erhöht.

Politische Entscheidungen werden von männerdominierten Gremien getroffen, die Folgen bekommen jedoch die Frauen oft als erste zu spüren. Wenn zum Beispiel Busverbindungen zusammengekürzt und Kliniken im ländlichen Raum geschlossen werden, wenn die Kleinkindbetreuung nicht gesichert ist oder Kurzzeitpflegeplätze fehlen, dann trifft das in erster Linie die Frauen - denn es sind meistens die Mütter, die mit den Kindern zu Arzt oder Ärztin fahren und sich darum kümmern, wie der Nachwuchs zur Schule und wieder nach Hause kommt. Es sind meistens die Töchter, die ihre pflegebedürftigen (Schwieger-)Eltern versorgen. Es sind meistens die Großmütter, die einspringen, wenn die Enkelkinder wegen geschlossener Kitas betreut werden müssen. Frauen leisten nach wie vor den Großteil der Fürsorgearbeit und stecken dafür nicht selten beruflich zurück. Die Corona-Pandemie hat diese Situation verschärft, mit der Schließung von Kitas und Schulen wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Zerreißprobe. Politische Entscheidungen müssen sich an den Lebensrealitäten derer orientieren, die sie konkret betreffen – daher braucht es die weibliche Perspektive und die Mitbestimmung von mehr Frauen. Es geht nur gemeinsam!